

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Nummern im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

C. H. Berlin, 10. Dezember.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 10. Dezember.
 Am Tische des Bundesraths: Dr. v. Stephan
 und Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung
 um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Be-
 ratung des Etats der Reichs-Post- und Tele-
 graphen-Verwaltung.

In den fortwährenden Ausgaben „Der
 Staatssekretär 24.000 Mark“ hat Abg. Dr.
 v. Baumbach (fr.) folgende Anträge gestellt:

1. Die verbundenen Regierungen zu ersuchen,
 eine Abänderung des Postporto-Tarifs nach der
 Richtung hin herbeizuführen, daß 1) an Stelle
 des gegenwärtigen Postgewichtes von 15 Gramm
 für den einfachen gewöhnlichen Brief ein höheres
 Postgewicht unter Beibehaltung des Portotages
 von 10 Pf. gelassen; 2) für Druckfachen im
 Gewicht von 50 bis 100 Gramm eine Gebühr
 von 5 Pf. festgesetzt werde.

2. Die verbundenen Regierungen zu ersuchen,
 auf eine Herabsetzung der Vergütung für die Ueber-
 schaffung einer Fernsprechstelle in kleineren Ort-
 schaften Bedacht nehmen zu wollen.

3. Die verbundenen Regierungen zu ersuchen,
 die Einrichtung treffen zu wollen, daß für Stadt-
 briefe allgemein eine Lage von nur 5 Pf. er-
 hoben werde.

Die Budgetkommission (Referent Abg. Dr.
 Lingen) beantragt die unveränderte Bewilli-
 gung der fortwährenden Ausgaben A. der Zentral-
 verwaltung und B. der Betriebsverwaltung.

Abg. Dr. v. Baumbach (fr.): Die Phy-
 siognomie des Hauses ist gerade nicht sehr ein-
 laubend, um wichtige Anträge zu erörtern, aber
 die Seele des Hauses soll mich nicht von der
 Rechtfertigung meiner Anträge zurückhalten. Die
 Einnahme der Postverwaltung steigt von Jahr
 zu Jahr und die Portotage hat sich mit der Zeit
 mehr und mehr zu einer Stempelabgabe heraus-
 gebildet. Jeder Versuch, in dieser Beziehung
 eine Verleserleichterung herbeizuführen, ist bis-
 her stets mit dem Hinweis auf den dadurch zu
 befürchtenden Einnahmeverlust zurückgewiesen,
 in dem man behauptet, daß bei der gegenwärtigen
 Anlagelage des Reiches jede Verminderung der
 Einnahmen vermieden werden müsse. Die Post
 soll aber nach den ursprünglichen Festsetzungen
 nicht eine Einnahmequelle, sondern ein Verkehrs-
 institut sein und die gegenwärtige außerordentlich
 glänzende Lage dieses Instituts ist die Erweiterung
 meiner Anträge wohl gerechtfertigt erschienen.

Die Portofrage ist eine Frage von großer
 Bedeutung, namentlich für den kleinen Ge-
 schäftsmann und die von mir angestrebte
 Erhebung des Postgewichtes der Briefe soll ge-
 rade diesem kleinen Mann zu Gute kommen.
 Es entstehen aus dem jetzigen Postgewicht häufig
 sehr unangenehme Mißstände. Mein Antrag be-
 trifft ferner das Druckfachenporto, welches bereits
 vielfach, namentlich von den Handelskammern
 in Anregung gebracht worden ist. Wir wollen
 in diesem Porto eine Zwischenstufe einführen
 lassen. Die Druckfachen sind für unsere Handel-
 und Geschäftsverkehr von sehr großer Be-
 deutung und Deutschland steht in der Behand-
 lung der Druckfachen fast allen Ländern nach.
 Der Export in Frankreich hat gerade durch die
 Verfertigung der Preisverträge einen sehr großen
 Aufschwung genommen. Das Porto für Druck-
 fachen ist in allen übrigen Kulturstaaten viel ge-
 ringer, als bei uns und erzieht die Herren
 aller Parteien, mich in meinen Bestrebungen zu
 unterstützen, da es sich hier um keine Parteifrage
 handelt. Der Herr Staatssekretär hat mir in
 der Kommission entgegen gehalten, daß dadurch
 ein Einnahmeausfall von 300.000 Mark herbei-
 geführt werden würde. Dieser Ausfall würde
 mich nicht zurückschrecken bei dem großen Ueber-
 schuß der Postverwaltung und mit Rücksicht dar-
 auf, daß es sich hier um nur Verkehrsvereinfachung
 handelt. Ein Uebelfand ist noch, daß wir in
 Deutschland noch keine nationalen Briefmarken
 haben. Ich habe nicht die Absicht, die Referat-
 rechte von Bayern und Württemberg anzugreifen,
 man könnte den Uebelfand dadurch abheben, daß
 man dem Bedarf dieser beiden Staaten kontin-
 gentire, es läßt sich ja auch fragen, ob man
 nicht schließlich dazu kommen werde, eine Welt-
 postmarke einzuführen. Kosten sind mit meinem
 Vorschlag bezüglich der nationalen Briefmarken
 nicht verbunden.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Um
 zunächst den letzten Punkt, den der Vorredner
 angeregt hat, zu erledigen, so wissen wir alle,
 daß die Referatrechte von Bayern und Württem-
 berg verfassungsmäßig garantirt sind. Wir
 können deshalb diese Angelegenheit auch nicht von
 hier aus anregen, es muß dies aus der Initiative
 der beiden Staaten hervorgehen. Die jetzt zum
 Postetat gestellten Anträge verlangen auf der einen
 Seite eine Erhöhung der Beamtengehälter. Wi-
 des sind Verbesserungen und meine Stellung
 diesen Anträgen gegenüber wäre leicht, wenn ich
 hier bloß als Generalopponente dastände. Ich
 bin aber auch Vertreter der verbundenen Regie-
 rungen und als solcher muß ich darauf verweisen,
 daß jede Verwaltung sich als Glied des Ganzen fügen
 muß. Nun kann ich zu Ihrer Veranlassung sagen,
 daß die verbundenen Regierungen sich den Ver-
 legerleichterungen keineswegs grundsätzlich ent-
 gegenstellen, wie die vielfachen Ermäßigungen zc.
 (die der Redner verliest) beweisen. Dazu kommt
 noch, daß die Postverwaltung auch allgemeinen
 Interessen dienlich gemacht ist, wie z. B. der
 Unfallversicherung, wodurch der Post eine erheb-
 liche Mehrarbeit erwachsen ist. In den letzten
 Jahren ist eine große Vermehrung der Verkehrs-
 anhalten eingetreten, womit eine erhebliche Mehr-
 arbeit erwachsen ist. Die Fernsprecher sind
 wesentlich ausgedehnt 120.000 km. Telegraphenlinien
 besitzen wir, wofür die Summe von 21 Millio-
 nen verausgabt ist. Die Landbriefträger sind
 außerordentlich vermehrt, die tägliche Leistung
 sämtlicher Landbriefträger beträgt 483,109 Ki-
 lometer, also zwölftel den Umfang der Erde.
 Die finanziellen Resultate der Anträge Baum-
 bach sind ungefähr folgende: der Antrag auf Er-
 höhung des Postgewichtes der Briefe würde einen
 Ausfall von 2.187.070 Mark ergeben, der
 Druckfachen-Antrag 300.000 Mark, der Fernsprech-
 Antrag 1 Million Mark, die Herabsetzung
 des Postporto für Berlin 1 Million Mark, da-
 mit die Erhebung der Wohnungsgeldzuschüsse
 für die kleineren Beamten, alle Anträge zusammen
 einen Ausfall von 9.570.000 Mark herbeiführen.

(Abg. Richter: Sehr wenig.) Dann frage ich
 Sie, ob wir im Stande sind, in heutiger Zeit
 auf einen solchen Einnahmeverlust zu verzichten?
 Was nun die speziellen Anträge anbetrifft, so ist
 die Einnahme für Druckfachen im Jahre 1878
 gewesen 4 Millionen Mark, sie ist gestiegen im
 Jahre 1888 auf 11 Millionen, also um 168
 Prozent, und man kann doch nicht behaupten,
 daß hiernach das Porto zu hoch wäre. Außers-
 dem läßt sich nicht bestreiten, daß bei uns der
 Druckfachenverkehr größer ist, als in allen andern
 Ländern. Der Antrag ist übrigens bereits mehr-
 mals im Hause zur Beratung gekommen, er
 hat aber keine Sympathie im Hause gefunden.
 Aus allen den angeführten Gründen kann ich
 Ihnen nur die Ablehnung der Baumbachschen
 Anträge empfehlen.

Abg. Kalle (natl.): Was den Antrag
 Baumbach bezüglich der Druckfachen anbetrifft,
 so stehe ich demselben sympathisch gegenüber und
 kann Ihnen nur dessen Annahme empfehlen. Ich
 kann nicht annehmen, daß der dadurch herbei-
 geführte Ausfall die Summe von 300.000 Mark
 betragen wird und ich muß dem gegenüber darauf
 verweisen, daß durch die Vermehrung des Ver-
 kehrs ein Ausfall nicht eintreten und den Ein-
 nahmeverlust decken wird. Gerade die jetzige Zeit
 halte ich für geeignet, mit der Reform des
 Portotarifs vorzugehen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwidert,
 daß der Umfang, den die Druckfachen-Verfertigung
 zu erheblich zugenommen habe, gerade dazu führen
 müsse, das Porto nicht zu ermäßigen.

Abg. Schrader (fr.): Wenn die bayeri-
 schen und württembergischen Referatrechte der
 Allgemeinheit im Wege stehen, so ist das Ein-
 fachste, daß man mit einer Veränderung der Ver-
 fassung vorgeht, wie ja auch der Bundesrath
 schon mehrfach mit Verfassungsänderungen vor-
 gegangen ist. Es ist nun nicht zu leugnen, daß
 die Postverwaltung mit ganz außerordentlichen
 Ueberflüssen arbeitet und er muß sich daher
 fragen, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, mit den
 lange geforderten Verkehrsvereinfachungen vor-
 zugehen. Die Ermäßigung des Postos für Druck-
 fachen ist ein Verlangen, welches in den weitesten
 Kreisen gefühlt wird und ich glaube, daß die
 großen Bedenken, welche der Herr Staatssekretär
 angeführt hat, von seiner Bedeutung sind. Ich
 empfehle Ihnen deshalb die Annahme der An-
 träge Baumbach.

Abg. Wörmann (natl.): Mit dem An-
 trage auf Ermäßigung des Postos für Druck-
 fachen hat sich Herr Kalle bereits ein-
 verstanden erklärt und stimme ich dem zu. Da-
 gegen kann ich für den ersten Antrag Baumbach
 ein Bedenken nicht anerkennen und werde das
 gegen stimmen. Ich habe nur die Absicht, auf
 die Anomalie hinzuweisen, welche in Deutschland
 noch hinsichtlich der bayerischen und württem-
 bergischen Briefmarken besteht. Es ist doch ge-
 wissermaßen eine Anomalie, daß man dem Auslande zeigt, daß
 auch in dieser Beziehung ein einziges Deutschland
 besteht, und sehr wichtige sachliche Gründe sprechen
 dafür, hier eine Einigung herbeizuführen. Ich
 glaube, bei einigem guten Willen wird dies ge-
 lingen. Es ist dabei von einem Eingriff in die
 Referatrechte der beiden Staaten gar keine Rede.
 Auch in Hamburg hatte man seiner Zeit die
 Furcht, daß mit der Ueberweisung in Deutsch-
 land manches Recht verloren gehen würde. Dies
 ist nicht nur nicht geschehen, man hat vielmehr
 sehr bald die mannigfachen Erleichterungen em-
 pfunden, die dadurch herbeigeführt wurden.
 Schließlich möchte ich noch auf die große Wichtig-
 keit der Herbeiführung einer einheitlichen Zeit-
 für Deutschland hinweisen und den Herrn Staats-
 sekretär bitten, diese Sache ernst in die Hand zu
 nehmen.

Bayerischer Gesandter Graf v. Lerchen-
 feld: Dem Herrn Abg. Schrader muß ich er-
 widern, daß zu einer Veränderung der Verfassung
 auch die Zustimmung von Bayern und Württem-
 berg gehört und diese würde nicht gegeben werden.
 Bayern und Württemberg haben von Ein-
 nahmen der deutschen Reichspost keinen Anteil
 und die Postverträge sind deshalb notwendig,
 um festzustellen, was von der Post dieser Staaten
 geleistet werden ist. Die Unannehmlichkeiten,
 welche dadurch herbeigeführt werden, sind nicht
 so groß, und die besonderen Briefmarken sind der
 Ausdruck der Referatrechte beider Staaten.

Abg. Dr. Hartmann (konf.) erklärt gleich-
 falls, daß die Referatrechte der beiden Staaten
 nur mit ihrer Zustimmung aufgehoben werden
 könnten. Im Uebrigen erklärt sich Redner gegen
 die Anträge Baumbach, weil man erst mit der
 Aufhebung der Beamtengehälter vorgehen müsse,
 ehe man an die Ermäßigung des Postos denken
 könne.

Abg. v. Ellishausen spricht seinen
 Dank für die Anerkennung der bayerischen und
 württembergischen Referatrechte aus.

Abg. Dr. Wörmann (natl.) erkennt an,
 daß die bayerische zc. Marke nur durch die In-
 itiative der bayerischen Regierung beseitigt werden
 könne. Dies hindere aber nicht, hier von der
 Sache zu sprechen. Auch der bayerische Kampe-
 gelm sei ein gewisses Referatrecht Bayerns ge-
 wesen und sei durch die Initiative der bayeri-
 schen Kronen beseitigt. Ebenso könne es bei einigem
 guten Willen mit den Briefmarken geschehen.

Abg. Stumm (Radik.) hält die früher von
 ihm gegen die allgemeine Normalzeit geltend ge-
 machten Gründe aufrecht. Das Porto für Druck-
 fachen sei heute schon zu billig, denn die Ueber-
 schenkung mit Geschäftszwecken aus den großen
 Städten schädige die kleinen Geschäftskreise in den
 kleineren Städten.

Abg. Dr. Baumbach rechtfertigt noch
 einmal seinen Antrag bezüglich der Ermäßigung
 des Brief- und Druckfachenpostos. Was die ein-
 heitliche Briefmarke anlangt, so wisse er sehr
 wohl, daß die Herren immer gleich neugierig wer-
 den, wenn man mit den Referatrechten komme,
 aber auch in Bayern selbst seien bereits Stim-
 men für die nationale Briefmarke laut geworden.
 In der bayerischen Kammer sei die Frage auch
 bereits einmal ernstlich berührt worden.

Abg. Wörmann: Die Ausführungen des
 bayerischen Bevollmächtigten gipfeln darin, daß
 die Postmarkenfrage hauptsächlich eine Geldfrage
 ist und da würde sich doch wohl ein Erfolg schaffen
 lassen. Durch die Verringerung des Kampengelms
 ist mit den Referatrechten im Prinzip schon ge-
 brochen und da sollte man es doch bei einer
 Frage von so allgemeiner Bedeutung nicht so
 ernst nehmen. — Die Herbeiführung einer deut-
 lichen Normalzeit würde ein großer Fortschritt

sein, von dem ich hoffe, daß es gelingen wird,
 ihn durchzuführen.

Der bayerische Gesandte Graf v. Lerchen-
 feld bestreitet, daß er die Briefmarkenfrage
 lediglich als eine Geldfrage dargestellt habe. Er
 habe die Bedeutung der Briefmarke für die Be-
 rechnung der Leistungen der bayerischen Post nur
 so nebenher erwähnt.

Auf eine Anfrage des Abg. Menzer er-
 klärt der Direktor im Reichspostamt Fischer,
 daß der Charfreitag nach den bayerischen Ge-
 setzen nicht zu den allgemeinen bayerischen Landesfeier-
 tagen gehöre.

Abg. Schultze (Radik.) spricht seinen
 Dank für die Post-Ermäßigungen auf dem
 Lande aus, wünscht aber die Abschaffung des
 Traipostos.

Abg. Schrader erklärt, daß er vorher
 nur angesprochen habe, es könne die Frage der
 Befreiung der Referatrechte sehr wohl im
 Reichstage besprochen werden; selbstverständlich
 müßten die betreffenden Regierungen ihre Zu-
 stimmung geben.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen
 und über den Antrag Schrader ist abge-
 stimmt. Derselbe wird in seinen beiden Theilen
 abgelehnt, der Titel „Staats-Sekretär“ be-
 willigt.

Bei dem Kapitel „Betriebs-Verwaltung“
 weist Abg. Dr. v. Baumbach darauf hin, daß
 nach 99 Stellen von Postverwaltern einge-
 seien, was von diesen sehr schwerlich empfun-
 den werde. Er bitte deshalb im Interesse des Avan-
 cementes der Postsekretäre mit dieser Eingiehung
 der Stellen einzuhalten.

Abg. Schmidt (Erfeld. deutschfrei.)
 plädiert für die Erhöhung der Gehälter der Post-
 verwalter und erhebt um Gleichstellung des
 Durchschnittsgehaltes derselben mit dem der
 Ober-Aspiranten.

Direktor im Reichspostamt Fischer er-
 widert, daß seit etwa 9 Jahren eine successive Er-
 höhung der Gehälter der Postverwalter einge-
 treten, dieselbe aber hiernach noch nicht abge-
 schlossen sei.

Bei dem Titel „Telegraphen-Gehältsfinnen“
 betont Abg. Dr. v. Baumbach, daß von Seiten
 seiner Partei stets für die Beschäftigung der
 Frauen im Telegraphendienst eingetreten sei.
 Nun sei neuerdings hier in Berlin eine Einrich-
 tung getroffen, wonach an die Stelle von männ-
 lichen, weibliche Telephonbeamtinnen angestellt
 werden sollen und zwar aus Rücksicht der Billig-
 keit. Dadurch sei unter den männlichen Beam-
 ten große Verunsicherung hervorgerufen. Wenn
 er auch die Beschäftigung von Frauen im Tele-
 graphen- und Dienst noch nicht wünsche, so würde
 doch eine große Unbilligkeit darin liegen, wenn
 behufs Anstellung der weiblichen, männliche Be-
 amte Entlassen werden müßten.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Er
 könne die Verunsicherung der Beamten mit we-
 nigen Worten beseitigen. Es handle sich um
 einen Versuch, ob Damen nicht besser zum Tele-
 graphendienst zu verwenden seien als Männer.
 Der Versuch ist noch nicht beendet. Entlassungen
 von Beamten seien noch nicht eingetreten und
 würden auch nicht eintreten.

Abg. Dr. v. Baumbach ist durch diese An-
 wort vollkommen befriedigt.

In den Titeln „Unterbeamte, Packträger,
 Ausbrieftreger, Wohnungsgeldzuschüsse“ liegt ein
 Antrag des Abg. Singer vor, welcher das
 Minimalgehalt dieser Beamten von 800 auf 850
 Mark festsetzen will.

Abg. Frhr. v. D. v. beantragt: „den Reichs-
 tag zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob
 nicht die Gehälter für die unteren Beamten einer
 Erhöhung zu unterziehen seien.“

Abg. Singer (Sozialdem.) bemerkt zur
 Rechtfertigung seines Antrages, daß ihm die
 Annahme derselben wichtiger erscheine als
 die geplante Ermäßigung des Postos. An-
 gesehen der Ueberflüsse der Postverwaltung
 sei sein Antrag wohl gerechtfertigt, wenn man
 namentlich bedenke, daß die allgemeine Thenerung
 der Lebensmittel von diesen Beamten am aller-
 meisten empfunden werde. Die Lage dieser Be-
 amten sei wirklich nicht zu beneiden und die
 durch seinen Antrag herbeigeführte Mehrsumme
 werde bei dem Ueberflusse von 26 Millionen
 von keiner Bedeutung sein. Hinzu komme, daß
 diese Kategorie von Beamten in den Einzelstaa-
 ten z. B. um ein Drittel besser gestellt seien,
 als die Reichsbeamten. In noch viel höherem
 Maße treffe die Nothwendigkeit einer Gehaltsver-
 besserung für die Ausbrieftreger ein. Diese
 Beamten könnten mit dem Gehalt, welches sie
 beziehen, nicht auskommen. Gerade an die Ge-
 richtlichkeit dieser Leute würden die größten Anfor-
 derungen gestellt. Er hoffe, daß auf seinen An-
 trag nur eine Antwort möglich sei und diese
 werde „Ja“ lauten. Der Antrag v. D. v. erkenne
 dieselbe Nothwendigkeit an, er glaube aber, daß
 der Reichstag diesen Weg in diesem Falle nicht
 einschlagen werde.

Abg. Richter rechtfertigt folgenden von
 ihm gestellten Antrag: „Den Herrn Reichskam-
 mer zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob
 nicht der Wohnungsgeldzuschuß für die unteren Be-
 amten, den Thenerungsverhältnissen entsprechend,
 einer Erhöhung zu unterziehen sei.“ Das Geld
 ist in dem Rahmen des Etats vorhanden, so be-
 merkt Redner, um alle die Anträge zu erfüllen,
 wenn man es nur finden will. In einer Reihe
 von Thenerungen ist die Erhöhung der Gehälter
 der unteren Beamten versprochen, aber nicht ge-
 halten worden. Deshalb ist es notwendig, daß
 man bei bestimmten Beamtenkategorien mit be-
 stimmten Anträgen vorgehe, damit die Sache
 in Ruhe bleibe. Der Gehalt unserer Wohnungsgeld-
 zuschüsse leidet an verschiedenen Mängeln, weil
 er seiner Zeit mit einer gewissen Eile festgesetzt
 wurde. Die Thenerung der Lebensmittel nimmt
 einen verhältnismäßig größeren Betrag vom Ge-
 halt des unteren Beamten in Anspruch, als von
 dem Gehalt des oberen Beamten. Wir sind heute
 Freunde von der Anregung neuer Ausgaben, hier
 handelt es sich aber um eine Entschädigung für
 Mehrsummen, welche den Beamten durch die
 Gesetzgebung auferlegt sind. Der gegenwärtige
 Etat lautet ungenügend, weil die Einnahmen viel
 zu niedrig veranschlagt worden sind. So würde
 man nach dem dreijährigen Durchschnitt die Ein-
 nahme an Porto um 4 Millionen Mark erhöhen
 müssen. Wo ein Wille ist, ein Weg und
 wenn Sie den Weg nicht finden, dann wollen
 Sie nicht. Ich wünsche, daß die drei Anträge,
 die alle dasselbe wollen, in einer Kommission vor-

berathen werden mögen, damit nicht einer durch
 den andern zu Falle kommt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-
 ratung.

Deutschland.

Berlin, 10. Dezember.

— Eine Berliner Zeitschrift des „Ab-
 riers“ schreibt zu dem aufsteigenden an „unüber-
 windlichen Mächten“ geschriebenen Projekt einer
 Heirath der Prinzessin Margarethe mit dem
 Großfürst-Thronfolger den folgenden Epilog:

„Nachdem sich längere Zeit in der Presse
 das Gerücht von einer bevorstehenden Verlobung
 des russischen Thronfolgers mit der Schwester
 unseres Kaisers, der Prinzessin Margarethe, er-
 halten hat, meldet jetzt ein in griechischen Hof-
 angelegenheiten immer gut unterrichteter Atheni-
 scher Blatt, daß die Verlobung des Großfürsten
 mit der Prinzessin Marie von Griechenland be-
 schlossen sei, aber erst nach Jahresfrist veröffent-
 licht werden solle. In hiesigen politischen Krei-
 sen wird dieser Mitteilung Glauben geschenkt
 und es erweist sich daher das eingangs erwähnte
 Gerücht als hinfällig. Daß eine durch Heirath
 herbeigeführte nähere Verbindung des preussischen
 und russischen Hofes thatsächlich nicht beabsichtigt
 gewesen, ist hiernach zu keiner Zeit bezweifelt
 worden.“

Es mag sein, daß die beiden in Rede
 stehenden jungen Leute bei ihrem nächsten gleich-
 zeitigen Aufenthalte in Athen einander nahe ge-
 treten sind und an einander einiges Geiallen ge-
 gefunden haben, was zu dem Gerüchte von ihrer
 Verlobung Anlaß gegeben hat, — bei Heirathen
 zwischen Angehörigen regierender Häuser, na-
 mentlich wenn ein zum Throne berechtigter Prin-
 z in Betracht kommt, sind andere Gründe als bloß
 persönliche Zuneigung maßgebend, und wenn
 auch vielleicht der Wille der Prinzessin Mar-
 garethe, wie es heißt, eine solche Verbindung
 erwünscht wäre, hier hätten, besonders wo es sich
 auch um einen Glaubenswechsel der Prinzessin
 gehandelt hätte, ganz andere Faktoren den Aus-
 schlag zu geben gehabt. Bei der bekannten Ge-
 stimmung des Kaisers Alexander wäre dessen per-
 sönliche Geneigtheit, der Ehe zuzustimmen, viel-
 leicht vorhanden gewesen, aber am Petersburger
 Hofe entscheiden bekanntlich über alle wichtigen
 Fragen deutschfeindliche Einflüsse, denen der
 Kaiser machtlos gegenüber steht, und so wäre
 das Heirathsprojekt, wenn es überhaupt entstanden
 hätte, auf unbedingten Widerpruch gestoßen.
 Aber auch die Zustimmung des deutschen Kaisers
 zu der Konvertirung seiner Schwester würde,
 wie man bei seiner bekannten streng konfessio-
 nellen kirchlichen Gesinnung sicher voraussetzen
 darf, nicht zu haben gewesen sein. Da solche
 aber gar nicht in Frage gekommen ist, so find
 alle in der Presse aufgetauchten Vermuthungen
 in dieser Richtung völlig nutzlos.“

— In der Petitionskommission des Reichs-
 tags wurde heute über die Petition um Er-
 höhung von Wittwenpension auf Grund des kün-
 ftigen Staatsdiensteingesetzes verhandelt. An der
 Debatte betheiligten sich als Regierungskommissar
 Geh. Regierungsrath Plath, Geh. Postrath
 Spilling und Geh. Kriegsrath Pomme. Auf An-
 trag des Referenten, Abg. von Gieseler,
 wurde beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, die
 Petition dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung
 zu überweisen. Mehrere Petitionen, welche eine
 Verwilligung von Wittwengeld und Pensionser-
 höhungen betreffen, wurden als ungeeignet zur
 Erörterung im Plenum erachtet. Ueber eine Pe-
 tition der kaufmännischen Sammlung zu Celle, welche
 die Einführung des oölgewerblichen Fortbil-
 dungslehrlingsunterrichts für Handwerkslehrlinge be-
 fürwortet, wurde die Verhänfzung ausgesetzt
 und die Zugiehung eines Regierungskommissars
 beantragt.

Frankreich.

† Paris, 9. Dezember. Rothschild beant-
 wortete, wie aus Rio gemeldet wird, die Fuzage
 des Finanzministers hinsichtlich Eubaltung der
 Verpflichtungen an die Staatsgläubiger mit ver-
 bindlicher Devisen. — Weiter wird aus Rio
 gemeldet, daß der Präsident Wall, welcher vor
 längerer Zeit aus dem Petro geschossen, von
 der republikanischen Regierung freigelassen wor-
 den ist.

Niederlande.

† Amsterdam, 9. Dezember. Das Grand
 Hotel in der Kalverstraat ist abgebrannt; die
 Gäste konnten sich nur durch die Dachfenster ret-
 ten, trotzdem ist kein Menschenleben verloren ge-
 gangen.

Rußland.

Warschau, 9. Dezember. Die Influenza
 nimmt in sehr einem bedenklichen Charakter an;
 die Spitaler sind überfüllt und die Fabriken ge-
 schlossen. Ghinin und andere Medikamente blei-
 ben wirkungslos. In Sebastopol wüthet dieselbe
 ebenfalls sehr heftig.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Dezember. Heute, Mittwoch,
 wird im Stadttheater zu halben Preisen
 die Vorgänger „Der Waffenschmied“ zu
 Worms“ gegeben. Donnerstags gelangt als 22.
 Abonnementsvorstellung „Die weiße Dame“
 zur Aufführung. Freitag tritt der königl. preuß.
 Hofkapellmeister Herr v. Albrecht Matkowski
 als Sigismund in Calderons „Leben ein
 Traum“ auf. Als Weihnachtsspielchen wird
 Gorners „Aschenbrödel“ in größtentheils
 neuer Ausstattung vorbereitet.

— Postamt „Polaria“ der Hamburg-
 Amerikanischen Packetfabrik-Actien-Gesellschaft
 (Eink. Stettin-NewYork) ist am 9. Dezember,
 Morgens, wohlbehalten in NewYork eingetroffen.
 — Ueber das Vermögen der Witwe des
 Gastwirths Joh. Karl Berg, Angulime Friederike,
 geb. Nibel, zu Wienanrath ist das Konkurs-
 verfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt W.
 Sonderup ist zu Stargard ist zum Konkursver-
 walter ernannt. Konkursforderungen sind bis
 zum 9. Januar 1890 bei dem Amtsgericht zu
 Stargard anzumelden.

— Wegen Vergehens gegen das Nahrungs-
 mittelgesetz hatte sich in der gestrigen Sitzung
 der Strafkammer I des Landgerichts der Fleischer-
 meister Richard Klefies aus Greifen-
 bagen zu verantworten. Als der Angeklagte im
 September d. J., wie immer, zum Verkauf seiner
 Waaren auf dem hiesigen Fleischmarkt stand,

kaufte bei ihm eine Restaurateurin 5 Pfund
 Mettwurst zum Preise von 2,75 Mark, die St.
 als eine vorzügliche Waare empfahl. Als die
 Frau dieselbe in der Wirtschaft verbrachten
 wollte, stellte sich heraus, daß die Wurst durch-
 weg grau war und einem dumpfigen Geruch ver-
 breitete. Nachdem Anzeige bei der Polizei hierüber
 erstattet war, kehrte die Frau mit der Wurst
 zum Fleischer zurück, um sie denselben zu zeigen.
 Dieser, aufs höchste erstaunt, nahm die Wurst
 zurück und zahlte anstandslos den Betrag dafür
 aus. Seitens der Polizei wurde die Unternehmung
 eingeleitet, die Wurst konfiszirt und dem Herrn
 Veterinär-Meister Müller übergeben; dieser war
 auf der heutigen Verhandlung geladen und gab
 sein Gutachten dahin ab, daß entweder die
 Verletzung der Würstmasse in Folge mangelhaften
 Trankens oder alten Fleisches entstanden sei, oder
 aber beim Räuchern, was häufiger vorkäme.
 Der zweite Sachverständige, Herr Fleischer-
 meister Müller, schloß sich ganz der Ansicht des
 ersten an und wurde der Angeklagte demgemäß
 freigesprochen.

— Mit Hilfe des Eisbrechdampfers „Stettin“
 haben die gestrigen früh von hier abgegangenen
 Dampfer „Niga“, „Petersburg“ und „Moskau“
 Nachmittags 2½ Uhr Swinemünde glücklich er-
 reicht. Laut der letzten hier eingetroffenen Be-
 richtung mißt das Eis im Haff durchweg 3 Zoll.

— Dem emeritirten Lehrer und Küster
 Z ad a ch zu Anlagern im Kreise Stolp, bisher
 zu Mägenow in demselben Kreise, ist der Adler
 der Inhaber des königl. Hausordens von Hohen-
 zollern verliehen.

— Vom 10. Dezember d. J., Morgens 7 Uhr
 ab, werden für die Fahrt zwischen Stettin und
 Swinemünde die tarirmäßigen Abgaben für die
 Eisbrechdampfer erhoben.

— Die Vernehmung eines Arztes als Zeu-
 gen in Bezug auf den Zustand seines Patienten
 ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, ersten
 Strafsenats, vom 8. Juli 1889, nicht von der
 richterlichen Feststellung abhängig, ob der Arzt
 durch seine Vernehmung zur Ablegung des Zeug-
 nisses befugt oder unbefugt handle, vielmehr ist
 gesetzlich dem pflichtmäßigen Ermessen des Arztes
 anheimgestellt, ob er das Zeugnis verweigern
 oder ablegen will. — Der Hinweis auf § 300
 des Strafgesetzbuches (... Arzte werden, wenn
 sie unbefugt Privat-Geheimnisse offenbaren, die
 ihnen vertraut worden, mit Freiheitsstrafe bis
 zu drei Jahren oder mit Geldstrafe ... be-
 straft) ist von vornherein verfehlt.

Ob der Arzt befugt oder unbefugt gehandelt hat, wenn
 er sich gegenständlich vernehmen läßt, ist vom
 Standpunkte des Prozessrichters gleichgültig, da
 für diesen nur entscheidend ist, ob der Arzt von
 seinem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch
 gemacht hat oder nicht. Der hier maßgebende
 § 52, Nr. 3 der Strafprozessordnung erklärt den
 Arzt nur für berechtigt — nicht auch für ver-
 pflichtet, — über das ihm bei Ausübung des
 Berufes Anvertraute sein Zeugnis zu verweigern,
 stellt es also zunächst seinem pflichtmäßigen Er-
 messen und seiner Discretion in einzelnen Fällen
 anheim, ob er dem Richter die gewünschte Auf-
 klärung geben zu dürfen glaubt oder nicht. Von
 einer Verletzung dieser Gesetzesstellen kann daher
 da, wo der Arzt sich vernehmen läßt, auf das
 Recht der Zeugnisverweigerung zu verzichten und
 sich mündlich oder schriftlich vernehmen zu lassen,
 keine Rede sein.“

— Die statistischen Erhebungen über das
 Volksschulwesen in Preußen sind jetzt für das
 Jahr 1886 beendet und weisen Folgendes aus:
 Die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Alter
 von 5-14 Jahren belief sich überhaupt auf
 5.505.158. Von diesen befanden 299.280 Privat-
 unterricht und andere Lehranstalten, 8826 konnten
 wegen Ueberfüllung nicht aufgenommen werden,
 170.439 befanden aus zufälligen Gründen noch
 nicht oder nicht mehr die Schule, 13.519 be-
 suchten die Schule wegen geistiger oder körper-
 licher Mängel nicht und 3145 fehlten ohne trit-
 tigen Grund, so daß die Gesamtzahl der be-
 suchenden Volksschulen benutzenden Kinder 4.838.247 be-
 trug, unter denen sich 2.422.044 Knaben und
 2.416.203 Mädchen befanden. Die Gesamtzahl
 der für den Unterricht zu Gebote stehenden
 Schulen war 34.016 in 30.165 Schulbezirken.
 An Lehrkräften und Lehrkräften waren vorhan-
 den: 64.750 vollbesichtigte Lehrkräfte, 1183
 Hilfslehrkräfte, 202 Adjunkten, Gehilfen und
 dergl., 5446 gerufte und 28.774 ungerufte
 Haus

Don J. MINGANCA.

„Wir wollen es dazu tragen,“ entgegnete der Ältere, sein Glas austrinkend und von Neuem füllend, „obgleich es eigentlich nur ein Keller ist. Der Banquier liebte es, seinen Weinfeller bei

2 „Der jüngere Winter starb, als ich kaum
Jahre bei ihm war, und als er sein Ende
nahe übste, ließ er mich zu sich kommen und

„Konnte er es ihnen nicht geben oder ihnen den Ort nennen, wo er es verborgen?“

„Nein, sie waren zur Zeit, als das Verhängniß

Wittve, hatte das Glück noch Vater einer Tochter zu werden und ist vor mehreren Jahren in Aofien geftorben. Frau von Viehormann hat

„Das dritte Täfelchen, das Dein Vater in Verwahrung hat, dürfte nicht schwer zu erlangen sein,“ versetzte Heinrich, „das der Frau v. Liebermann dagegen.“

J. Herrmann. Breitestr. 16. 1 Tr. (Gästler).

